



Mitgliederversammlung
Von Transparency International Deutschland e.V.

Protokoll

Samstag, 11. Juli 2009, 13.00-17.00 Uhr

- Versammlungsort: Saalbau Gutleut, Rottweiler Straße 32, 60326 Frankfurt/Main -

An der Mitgliederversammlung 2009 von Transparency International Deutschland e.V. (kurz: Transparency Deutschland) nehmen 69 Mitglieder, darunter die elf Vorstandsmitglieder, und acht Gäste teil.

Weitere sieben Mitglieder lassen sich nach §13, Abs. 1 der Satzung zur Ausübung ihres Stimmrechts durch anwesende Mitglieder vertreten.

1. Begrüßung und Eröffnung

Sylvia Schenk eröffnet und leitet als Vorsitzende von Transparency Deutschland die Versammlung. Sie begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste im Saalbau Gutleut, einem der schönsten Bürgerhäuser Frankfurts. Besonders begrüßt sie Adelheid Tröscher, die Leiterin der Regionalgruppe Frankfurt/Main und dankt ihr sowie Daniel Willam, Mitglied der Regionalgruppe Frankfurt/Main, die die Vorbereitung der Mitgliederversammlung unterstützt haben. Als Gast wird Stan Cutzach vom internationalen Sekretariat begrüßt. Peter Eigen, der Gründer von Transparency International, fehlt aus Krankheitsgründen und lässt Grüße ausrichten.

2. Annahme der Tagesordnung

Sylvia Schenk stellt fest, dass die Einladung und Tagesordnung fristgerecht den Mitgliedern zugegangen sind. Es liegen drei Anträge vor; die Anträge von Herrn Hüsgen und Herrn Weidner beziehen sich auf die Geschäftsordnung. Sylvia Schenk schlägt vor, sie daher unter Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln. Weiterhin schlägt sie vor, den Antrag von Herrn Hermes unter dem neuen Tagesordnungspunkt 10d „Beauftragung des Vorstandes zur Erarbeitung einer überregionalen Kampagne zur Einführung/ Verbreitung von Korruptionspräventionsinstrumenten in den Großstädten“ zu behandeln. Shirley van Buiren kündigt einen weiteren Antrag zu den §16 und 18 i.V.m. §12 der vorgeschlagenen Geschäftsordnung an. Dieser Antrag wird unter Tagesordnungspunkt 9 behandelt. Das vorgeschlagene Verfahren findet allgemeine Zustimmung.

3. Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 28. Juni 2008 wird einstimmig angenommen.

4. Vortrag durch Prof. Dr. Ashok Kaul, Universität des Saarlandes: „Die Finanzkrise: Unlautere Praktiken, andere Ursachen und kritische Überlegungen zur Reformdebatte“

Herr Prof. Dr. Ashok Kaul stellt seinen durch eine Powerpointpräsentation unterstützten Vortrag „ Die Finanzkrise: Unlautere Praktiken, andere Ursachen und kritische Überlegungen zur Reformdebatte“ vor. Sein Anliegen ist es, kausale Zusammenhänge aufzuzeigen und Faktoren zu isolieren, die tatsächlich zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben. Er empfiehlt zum einen das kurzfristige Denken der Banker durch die Einführung einer beschränkten Haftung zu zügeln. Zum anderen warnte er vor Detailregulierungen, die – wie bereits bei der Steuerreform geschehen – über juristische Umwege umgangen werden könnten. Der Vortrag löst eine lebhafte Diskussion aus.

Shirley van Buiren hinterfragt die wesentliche Annahme des Vortrags, dass Schwellenländer nicht in der Lage seien, sichere Anlagemöglichkeiten zu schaffen und somit das ersparte Kapital der Schwellenländer in wachsendem Maße Anlagemöglichkeiten in der westlichen Welt sucht. Ashok Kaul begründet dies damit, dass das Produktionswachstum in den Schwellenländern das Wachstum sicherer Anlagemöglichkeiten übersteigt. Der Westen wird gesucht, da das Kapital sichere Häfen sucht und die Anlagemöglichkeiten in der westlichen Welt als sicherer wahrgenommen werden.

Paul Hell fragt, wie spekulative Anlagen diskriminiert werden können und wie mit dem ungeheuren Druck auf den Produktionssektor, dem Profitdruck des monetären Sektors nachzukommen, umgegangen werden kann. Ashok Kaul warnt vor der Unterteilung in einen „guten“ Produktionssektor und einen „schlechten“ monetären Sektor und hinterfragt die grundsätzliche Zweiteilung. Er konzidiert, dass im monetären Bereich leichter spekuliert werden kann, aber erinnert, dass es wichtiger sei zu überlegen, wie mit Systemrisiken umgegangen werden kann.

Caspar von Hauenschild fragt, inwieweit der Verbriefungsmarkt nicht die Ursache der Finanzkrise war. Anna Albers stellt fest, dass wir uns in einer Kapitalismuskrise befinden. Jermyn Brooks weist darauf hin, dass Transparency International vor allem zwei Mängel, die zur Finanzkrise geführt haben, ausgemacht habe: den Mangel im Risk Management und den Mangel unternehmerischer Verantwortung. Er fragt sich, warum niemand das Klumpenrisiko im Produktbereich gesehen habe. Er findet die Idee einer Änderung der Anreizsysteme sehr interessant, fragt aber, wie das konkret erfolgen solle. Ashok Kaul antwortet, dass der CDS Bereich, nicht der einzig problematische Bereich gewesen sei. Auch die Geschäfte außerhalb der Bilanzen und der Derivatebereich waren problematisch. Das Problem bei der Analyse sei, dass es leicht ist, im Nachhinein die Dinge besser zu wissen. Vor der Krise waren die Probleme nicht offensichtlich. Man habe sich zu stark auf individuelle Risiken fokussiert und habe den Faktor Systemrelevanz nicht gesehen. Ein konkreter Vorschlag im Anreizbereich könnte die Überlegung sein, die beschränkte Haftung

aufzugeben, so dass der Banker wieder auch mit seinem Privatvermögen haften würde.

Gabriele C. Klug verweist darauf, dass die Risikoanalyse zu stark auf mathematische Formeln fokussiert gewesen sei und zu wenig den Faktor der Langfristigkeit berücksichtigt habe. Hedda von Wedel erkundigt sich, wie eine Systemversicherung für Banken und Versicherungen aussehen solle und warum man in Deutschland nicht stärker von der Bankfinanzierung nicht stärker auf die Eigenkapitalfinanzierung oder Fremdkapitalmarktfinanzierung umstelle. Martin Eggers vergleicht die Mechanismen des Risikotransfers mit einem Kettenbrief. Ashok Kaul stellt im Hinblick auf die Fragen klar, dass er im Rahmen seines Vortrags untersucht, ob es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen bestimmten vermuteten Fehlern bzw. Fehlfunktionen und der Finanzkrise gibt. Diesen Zusammenhang sieht er nicht. Er selbst würde immer wieder die Fixiertheit auf die Bankenfinanzierung in Deutschland kritisieren, aber zu einem Umsteuern sei es bisher noch nicht gekommen. Eine Systemversicherung könnte einen Zwangsbeitrag aller in Deutschland tätigen Banken und Versicherungen erheben. Vermutlich wäre eine solche Versicherung nicht allein in einem Land einführbar. Er warnt nachdrücklich davor, jetzt durch detaillierte Regulierung in bestimmten Bereichen Ausweichstrategien zu provozieren. Wichtiger sei es, die Regulierung des Systemrisikos zu gestalten.

Sylvia Schenk dankt dem Referenten für seinen interessanten und die Diskussion anregenden Vortrag. Dieser zeige auch deutlich, warum die Bekämpfung der Korruption in den Schwellenländern so wichtig sei, damit auch dort sichere Anlagemöglichkeiten gefunden würden, die den Druck vom Gesamtfinzsystem nehmen würden.

5. Bericht der Vorsitzenden Sylvia Schenk

Sylvia Schenk berichtet, dass vor wenigen Tagen Elena Panfilova, die Geschäftsführerin von Transparency Russland, die Möglichkeit hatte, beim Besuch von US-Präsident Obama in Moskau, für einige Minuten auch Worte an ihn zu richten. Anschließend habe der US-Präsident ihr mit den anerkennenden Worten „tough job“ auf die Schulter geklopft. Diese Episode erinnere daran, unter welchen schwierigen Bedingungen viele andere Chapter von Transparency ihre Arbeit machen. Wir können uns glücklich schätzen, unter rechtstaatlichen Bedingungen Korruption bekämpfen zu können. Dies erinnere aber auch daran, dass es noch immer deutsche Unternehmen gäbe, die Korruption exportieren und vergessen, dass man Moral nicht zweiteilen kann, in eine Moral im Inland und eine im Ausland.

Vor wenigen Wochen habe der mazedonische Ministerpräsident anlässlich des „Europe und Central Asia Meeting“ von Transparency International in seinem Land stolz darauf verwiesen, dass Mazedonien im Korruptionswahrnehmungsindex von Platz 105 im Jahr 2006 auf Platz 72 im Jahr 2008 aufgestiegen sei. Dies liege natürlich auch an dem hohen Druck, der durch die Aussicht eines EU-Beitritts entsteht und nach einem Beitritt oft schwer aufrechtzuerhalten sei, zeige aber zugleich, welche hohe Reputation die Arbeit von Transparency und der CPI weltweit genießen. Angesichts der geringen Ressourcen werde unglaubliche Arbeit weltweit geleistet. Gerade auch in Deutschland, wo Transparency Deutschland im Wesentlichen auf die Arbeit Ehrenamtlicher zählt, zeige sich, was man trotzdem alles

erreichen könne. Sylvia Schenk dankt allen Funktionsträgern, Vorstandskollegen und allen, die sich ehrenamtlich engagieren, für ihren bemerkenswerten Einsatz im vergangenen Jahr.

Sie erinnert daran, dass die Kehrseite der Reputation auch eine hohe Erwartungshaltung an Professionalität sei. Wir seien daher immer wieder gezwungen, an den Rand dessen zu gehen, was wir leisten können. Hohe Aufmerksamkeit und hohe Reputation schaffen eine hohe Erwartungshaltung und damit auch ein hohes Risiko. Qualitätssicherung und Evaluierung unserer Arbeit seien daher wichtig, man dürfe sich nicht auf dem Erreichten ausruhen. Dass kein Ausruhen stattgefunden habe, mache der Jahresbericht 2008 deutlich, in dem die umfangreichen Aktivitäten im Verein deutlich würden. Da der Bericht vorab versandt wurde, verzichtet Sylvia Schenk auf eine umfassende Darstellung des Jahres 2008 und konzentriert sich auf die Entwicklungen des ersten Halbjahres 2009.

Zunächst sei der MAN-Skandal ans Tageslicht gekommen. Dabei seien zwei Aspekte von Interesse. Zum einen sei er durch die Finanzbehörden herausgekommen, was zeige, dass die Verpflichtung der Finanzbehörden, bei Korruptionsverdacht die Staatsanwaltschaften einzuschalten, wirke. Zum anderen sei aber auch berichtet worden, dass wohl eine Vielzahl von Zahlungen an Freunde und Verwandte geleistet wurde. Dies deute auf ein in der Breite nach wie vor mangelndes Unrechtsbewusstsein. Hier müsse zusätzliche Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Daher sei es wichtig, dass Meldungen über Korruption und deren Folgen nicht nur im Wirtschaftsteil der Zeitungen erscheinen. Der Verdacht, dass das Champions League Finale im Handball vom THW Kiel möglicherweise gekauft worden sei, habe über den Sport hinaus weitere Zielgruppen erreicht. Es habe sich gezeigt, dass ein solches Beispiel sehr viel mehr Publizität erreicht und viele Menschen bewegt.

In besonderem Maße sei das Jahr 2009 bisher durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt worden. Der Vortrag von Prof. Kaul habe gezeigt, wie komplex die Ursachenanalyse ist und wie wichtig es ist, die Sicherheit, in der wir uns wiegen, zu hinterfragen. Wenn wir eine Entscheidung fällen, werden wir nie *alle* Informationen haben. In der Krise liegen Chancen und Risiken für unsere Boschaft. Das große Risiko bestehe darin, dass Unternehmen in Zeiten der Krise an der Compliance sparten oder sie weniger ernst nehmen. Dadurch dass Mangel an Verantwortungsbewusstsein und Transparenz zur Krise geführt hat, biete sich jedoch auch die Chance, das ethische Fundament der Wirtschaft, wie es im Begriff des ehrbaren Kaufmanns seinen Ausdruck finde, stärker in Erinnerung zu bringen. Gleichzeitig habe die Krise auch Bewegung in von Transparency bearbeitete Themen gebracht, so seien z. B. betr. Steueroasen inzwischen Regelungen in Gang gesetzt, die vor Ausbruch der Krise noch in weiter Ferne schienen. Für die Teilnahme an solchen aktuellen Debatten sei es für Transparency noch entscheidender als früher, hochrangige Experten in ausreichender Zahl zu finden, um die Qualität und Reputation unserer Arbeit zu sichern.

Ein weiteres wichtiges Thema in diesem Jahr sei die Spannung von Korruptionsprävention und Datenschutz. Ausgelöst worden sei die Debatte durch das Massenscreening bei der Deutschen Bahn, die ja auch korporatives Mitglied von Transparency ist. Dieses Screening war unverhältnismäßig; dazu hatte Transparency zeitnah Stellung genommen. Die Deutsche Bahn AG habe der

Korruptionsbekämpfung damit keinen guten Dienst erwiesen, denn erfolgreiche Prävention bedürfe eines guten Betriebsklimas mit loyalen Mitarbeitern, die Versuchungen widerstünden und auch bereit wären, bei Fehlverhalten zu Hinweisgebern zu werden. Die Aktivitäten der Deutschen Bahn haben Misstrauen gesät, das Betriebsklima gestört und seien daher kontraproduktiv gewesen. Sie haben der Korruptionsbekämpfung und dem Verein geschadet. Die Affäre habe auch auf unserer Seite die Frage aufgeworfen, welche Expertise wir im Datenschutz haben. Seit gestern habe Transparency einen ehrenamtlichen Datenschutzbeauftragten, Herrn Wolfgang Stubenrauch. Damit sei auch ein Symbol gesetzt worden, um vorbildhaft zu sein, denn gesetzlich sei Transparency dazu nicht verpflichtet. Wesentlicher Grundsatz in der Debatte sei die Ausgewogenheit zwischen Korruptionsprävention und Datenschutz. Es sei Transparency gelungen, über dieses Thema den Kontakt mit den Gewerkschaften zu beleben; es wurden Gespräche mit potenziellen Koalitionspartnern, der GDBA und Transnet, geführt. Dies könne auch in der Zukunft bei der Verbreitung unseres Anliegens hilfreich sein. Der Arbeitnehmerdatenschutz muss klar geregelt sein, aber Korruptionsprävention auch möglich bleiben. Sowohl im Gesetz und in den Köpfen müsse es zu einer vernünftigen Balance zwischen beiden kommen. Wir haben die Affäre um die Deutsche Bahn genau beobachtet und den Untersuchungsbericht abgewartet. Als wir dann gemerkt haben, dass intensiv Konsequenzen – auch gerade personell - gezogen wurden, konnte die Mitgliedschaft bestehen bleiben.

Zum Abschluss wirft Sylvia Schenk die Frage darüber auf, was Gerechtigkeit sei. In diesem Jahr gab es eine Debatte um die Supermarktverkäuferin „Emmely“, die nach dem Einlösen von zwei herumliegenden Pfandbons im Wert von 1,30 Euro nach über 20 Jahren Tätigkeit entlassen worden sei. Arbeitsrechtlich sei dies möglicherweise zu verstehen, aber im Vergleich dazu, dass Banker Milliarden Schäden verursachen und mit fünf Mio. Euro Bonus nach Hause gehen, sei dies nicht vermittelbar. Wir bei Transparency müssen den Menschen Mut machen, dass jede und jeder an ihrem und seinem Platz etwas leisten kann, damit es vorangeht. Das können wir hier tun und viele andere, wie Elena, tun es in anderen Ländern.

6. Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2008 und laufende Geschäfte

a) Jahresbericht 2008

Hedda von Wedel weist auf den versendeten und in gedruckter Form ausliegenden Jahresbericht hin.

b) Jahresabschluss

Hedda von Wedel weist auf den versendeten Jahresabschluss hin.

c) Zusammenfassung des Berichts der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Jahresabschluss 2008

Hedda von Wedel weist auf die versendete Zusammenfassung des Berichts der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hin. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft habe dem Jahresabschluss 2008 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

d) Bericht zur Vermögenslage

Hedda von Wedel berichtet, dass der Verein im Februar ein Bußgeld in Höhe von 200.000 Euro aus der Schweiz zugewiesen bekommen habe. Der Vorstand habe beschlossen, dass das Geld der langfristigen finanziellen Absicherung des Vereins dienen solle. Ein wesentliches Instrument zur Sicherung der Unabhängigkeit des Vereins sei die freie Rücklage. Sie habe zum Jahreswechsel rd. 101.000 Euro betragen. Es werde angestrebt, weiterhin jedes Jahr den rechtlich zulässigen Höchstsatz der freien Rücklage zuzuführen.

Weiterhin habe der Vorstand über die Einrichtung einer Stiftung beraten und in der Vorstandssitzung am Tag zuvor beschlossen, eine Stiftungsgründung in Form einer Treuhandstiftung anzustreben. Das Grundstockvermögen zuzüglich der Gründungskosten soll einen Gesamtaufwand von 25.000 Euro nicht überschreiten, die Verwaltung sollte kostenneutral erfolgen. Es wird eine Förderstiftung gegründet; die Möglichkeit, dass die Förderstiftung zu einem späteren Zeitpunkt operativ tätig wird, soll bestehen. Der Zweck der Stiftung umfasst Korruptionsbekämpfung im weiteren Sinne. Der Name der Stiftung stehe noch nicht fest, aber es soll ein positiver Begriff sein und es solle keine Namensstiftung sein.

Hedda von Wedel erwähnt Zeitungsartikel, die berichtet hätten, dass sich Siemens gegenüber der Weltbank zu Zahlungen verpflichtet hätte, die der Korruptionsbekämpfung dienen sollten und Transparency wäre unter den Nutznießern. Sie erklärt, dass der Vorstand auch nur diese Zeitungsartikel kennen würde und keine weiteren Informationen dazu habe.

Shirley van Buiren erkundigt sich bezüglich des Sonderhaushaltsplans „EU-Antrag“ 2010 und fragt, was sich dahinter verberge. Hedda von Wedel verweist darauf, dass dies unter TOP 10a behandelt werden wird und erläutert, dass es sich um einen gemeinschaftlichen Antrag von 23 Transparency-Chaptern in der EU handelt, in den jeweiligen Ländern eine Studie nach der Methodologie der „National Integrity Systems“ durchzuführen. Inzwischen sei bereits die vorläufige Förderzusage der EU beim Internationalen Sekretariat erfolgt.

8. Entlastung des Vorstands für 2008

Michael H. Wiehen übernimmt die Versammlungsleitung. Er fordert die Mitgliederversammlung zur Entlastung des Vorstands für das Jahr 2008 auf. Bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder wird der Vorstand einstimmig entlastet.

9. Beschluss einer Geschäftsordnung und Antrag dazu

Sylvia Schenk übernimmt wieder die Versammlungsleitung. Sie erläutert, dass für den Beschluss der Geschäftsordnung die einfache Mehrheit der Stimmen ausreichend sei. Laut Satzung würden Stimmenthaltungen als ungültige Stimmen gelten. Sie sei froh, dass in diesem Jahr die Geschäftsordnung verabschiedet werden könne, da es nicht gut sei, wenn dies mit den Wahlen, die im nächsten Jahr anstünden, zusammenfielen. Sie schlägt vor, die Paragraphen einzeln aufzurufen. Bei

vorliegenden Anträgen und/oder Diskussionsbedarf würde über die entsprechenden Formulierungen abgestimmt. Dieses Vorgehen stößt auf allgemeine Zustimmung.

Zu §2 (Öffentlichkeit) liegt ein Antrag von Dieter Hüsgen vor. Herr Wiencke trägt in Vertretung von Herrn Hüsgen zum Antrag vor, der auch von ihm und Herrn Bruch unterstützt würde. Der vorgeschlagene Absatz 5: „Der Führungskreis tagt nicht vereinsöffentlich“ wird kritisiert. Dies sei das einzige Gremium, wo Transparency die Tür schließe. Herr Wiencke erläutert, dass er aus Mecklenburg-Vorpommern komme und sich dort für Informationsfreiheitsrechte einsetze. Die vorgeschlagene Regelung sei problematisch, da sie die Forderung gegenüber der Verwaltung, offen zu tagen, unglaublich erscheinen lasse. Darüber hinaus würden Mitglieder wie er, in deren Regionen es keine Regionalgruppe gäbe, nicht beim Führungskreis vertreten werden. Jürgen Marten begründet, warum der Vorstand empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Zunächst sei der Führungskreis bereits ein sehr großer Kreis, der sich auch stets dem Transparenzgebot verpflichtet fühle. Abgesehen von finanziellen und organisatorischen Gründen müssen bezüglich einer weiteren Öffnung des jährlichen Führungskreistreffens jedoch Transparenz und Effektivität gegeneinander abgewogen werden. Der Vorstand wolle aber das ernst gemeinte Angebot machen, zu prüfen, inwieweit man weitere Mitglieder zum Führungskreistreffen einladen kann, um gerade der Frage der regionalgruppenlosen Mitglieder Rechnung zu tragen. Lothar Hermes sieht sowohl das Problem, das Herrn Wiencke schildert, als auch das Kapazitätsproblem. Er schlägt vor, das „Dazuladen von Mitgliedern“ in der Geschäftsordnung zu verankern. Jürgen Marten verweist darauf, dass der Vorstand immer Vereinsmitglieder dazu einladen könne und plädiert aus pragmatischen Gründen dafür, dies nicht spezifisch in der Geschäftsordnung zu regeln. Anne Albers erwähnt, dass man sich für die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen eingesetzt habe. Daher wäre eine solche Regelung hier ein Rückschritt. Gabriele C. Klug erinnert, dass Vorstandssitzungen, wo die Entscheidungen getroffen würden, grundsätzlich offen seien. Karenina Schröder, die seit Jahren die Führungskreistreffen konzeptioniert, stellt zunächst klar, dass der Führungskreis aus ca. 45 Personen bestehen würde. Die Moderatorin der Führungskreistreffen sehe bereits jetzt Kapazitätsprobleme. Auch hätten Arbeits- und Regionalgruppenleiter eine Scharnierfunktion, Informationen und Ideen zu sammeln, einzubringen und nach den Treffen wieder ihren Gruppen zu berichten. Nicht zu vergessen sei, dass das Treffen auch eine Belohnung für die Funktionsträger unter den Ehrenamtlichen sei, die viel geleistet hätten. Weiterhin seien alle Protokolle und Präsentationen der Führungskreistreffen im Mitgliederbereich der Website einsehbar und damit transparent. Hansjörg Elshorst erinnert, dass der Führungskreis kein Beschlussgremium sei. Er schlägt vor, den umstrittenen Absatz in §19 zu verschieben. Shirley van Buiren spricht sich dagegen aus, dass der Vorstand kriterienlos weitere Vereinsmitglieder dazuladen könne. Dies würde das Problem nur auf eine andere Ebene verlagern. Herr Wiencke merkt an, dass auch in beratenden Gremien Entscheidungen vorbereitet werden können. Er macht auf den Alternativantrag aufmerksam, dass man die Zahl der weiteren Teilnehmer begrenzen könne. Sylvia Schenk betont, dass wenn man ein Angebot mache, am Führungskreistreffen teilzunehmen, müsse es auch ein ehrliches Angebot sein. Daher solle man eine solche Regelung nur aufnehmen, wenn man dies auch zu tun gedenke. Herr Schäfer mutmaßt, vielleicht sei der Begriff „Führungskreis“ irreführend. Karenina Schröder erwidert, dass in dem Kreis diejenigen zusammenkämen, die im Vereine eine Führungsposition einnehmen. Es sei nicht der Kreis selbst, der führe. Anke Martiny erläutert, dass die Führungskreistreffen auch

Fortbildungselemente enthalten würden und die Treffen reine Arbeitstreffen sei. Jürgen Marten greift den Gedanken auf zu prüfen, Einzelbeauftragte für regionalgruppenlose Regionen zu berufen und Möglichkeiten zur teilweisen Öffnung des Führungskreistreffens zu prüfen.

Sylvia Schenk stellt den Antrag von Dieter Hüsgen zur Abstimmung. Sechs Stimmen dafür; neun Enthaltungen; überwiegende Mehrheit dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sylvia Schenk stellt den Vorschlag §2, Abs. 5 in §19 zu verschieben und §2, Abs. 6 zum Abs. 5 zu machen, zur Abstimmung. Überwiegende Mehrheit dafür; vier Enthaltungen, eine Gegenstimme. Damit ist der Vorschlag angenommen.

Zu §7 (Wahlen) liegt ein Antrag von Herrn Weidner vor. Jochen Bäumel, der mit ihm telefonierte, trägt in dessen Auftrag den Antrag vor. Danach solle es verbindlich in der Geschäftsordnung geregelt werden, dass die Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand die Angaben machen müssten, die nach einer Wahl im Interessenregister aufgeführt werden müssten. Jürgen Marten begründet, warum der Vorstand empfiehlt, den Vorschlag abzulehnen. In der Geschäftsordnung seien die Rechte der Kandidaten bei den Wahlen geregelt, aber nicht ihre Pflichten. Es sei unsystematisch, jetzt diesen einen einzelnen Punkt herauszunehmen und als Pflicht in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Darüber hinaus könne jedes Mitglied bei der Wahl die entsprechenden Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten stellen.

Sylvia Schenk stellt den Antrag von Herrn Weidner zur Abstimmung. Sechs Stimmen dafür; fünfzehn Enthaltungen; überwiegende Mehrheit dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Karenina Schröder schlägt vor, dass den Kandidatinnen und Kandidaten im kommenden Jahr empfohlen werden kann, die Angaben im Interessenregister in ihrer schriftlichen Vorstellung aufzunehmen.

Zu §12 (Einzelverantwortung von Vorstandsmitgliedern), Abs. 1 macht Hansjörg Elshorst den Vorschlag, nach „Arbeits- und Regionalgruppen“ die Formulierung „im Rahmen der in §18 geregelten Arbeitsteilung“ einzufügen. Shirley van Buiren findet die Formulierungen in §12 verwirrend und widersprüchlich zu den tatsächlichen Governance-Strukturen des Vereins. Danach seien die Leitenden der Arbeitsgruppen diejenigen, welche die Aktivitäten des Vereins in diesem Bereich festlegen würden. Nun sei von Verantwortlichkeiten von Vorstandsmitgliedern für Arbeitsgruppen die Rede. Jürgen Marten stellt klar, dass sich die Regelung des §12 allein auf die Gesamtverantwortung des Vorstands, der sich aus der Satzung ergäbe, beziehen würde, für die einzelne Vorstandsmitglieder beauftragt werden könnten. Diese Verantwortungsdelegation bezieht sich allein auf die Verantwortungsaufteilung innerhalb des Vorstands.

Sylvia Schenk stellt den Vorschlag von Hansjörg Elshorst zur Abstimmung. Überwältigende Mehrheit dafür; keine Enthaltungen; keine Gegenstimmen. Damit ist der Vorschlag angenommen.

An §16 (Arbeitsgruppen) kritisiert Shirley van Buiren erstens, dass verschiedene Begriffe, wie

Themensprecher/Themenführer/Regionalgruppensprecher/Regionalgruppenleiter in der Geschäftsordnung verwendet werden, und zweitens den geplanten festen Dreijahreswahlturnus aller Arbeits- und Regionalgruppenleitenden. Sie spricht sich dafür aus, dass nach der Neugründung einer Gruppe die Leiterin/der Leiter für drei Jahre gewählt werden sollte und nicht ggfs. schon nach einem Jahr sich erneut einer Wahl stellen müsse. Sylvia Schenk verspricht hinsichtlich der Bezeichnungen eine redaktionelle Vereinheitlichung. Bisher sei von Themenführer/in gesprochen worden. Diesen Begriff habe man im Entwurf nun durch Themensprecher/in ersetzt. Sie habe nichts gegen die einheitliche Verwendung der Begriffe „Arbeitsgruppenleiter/in“ und „Regionalgruppenleiter/in“. Zum Wahlturnus erläutert sie, dass ein einheitlicher Wahlturnus von der Verpflichtung entbände, individuell die Notwendigkeit einer Neuwahl in rd. 30 Gruppen nachzuhalten. Lothar Hermes findet diesen Aufwand vertretbar und schlägt vor, dass neugewählte Leiter/innen stets für drei Jahre gewählt werden.

Sylvia Schenk stellt den Vorschlag von Lothar Hermes zur Abstimmung. 14 Stimmen dafür; 12 Enthaltungen; 32 Gegenstimmen. Damit ist der Vorschlag abgelehnt.

Zu §18 (Aktivitäten und Tätigkeiten der Arbeits- und Regionalgruppen), Abs. 4, schlägt Walter Küblbeck vor, den ersten Satz wie folgt zu fassen: „Eigene öffentlich zugängliche Websites sind nicht zulässig“. Der Vorschlag stößt auf allgemeine Zustimmung und wird übernommen.

Zu §19 (Führungskreis) schlägt Sylvia Schenk folgende Ergänzungen und Veränderungen vor. In Absatz 2 wird direkt am Anfang der Satz „Der Führungskreis ist kein Beschlussgremium“ eingefügt. Ein neuer Absatz 3 wird eingefügt: „Der Führungskreis tagt nicht vereinsöffentlich. Bei Bedarf können Vereinsmitglieder und weitere Personen geladen werden.“ Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Sylvia Schenk stellt den Vorschlag zur Abstimmung. Überwiegende Mehrheit dafür; zwei Enthaltungen; drei Gegenstimmen. Der Vorschlag wird angenommen.

Sylvia Schenk kündigt an, dass im Zuge der redaktionellen Überarbeitung die Bezeichnungen Arbeitsgruppenleiter/in und Regionalgruppenleiter/in einheitlich verwendet werden und dass der Text gendert wird.

Sylvia Schenk stellt die gesamte Geschäftsordnung mit den verabschiedeten Änderungen zur Abstimmung. Überwältigende Mehrheit dafür; eine Enthaltung; zwei Gegenstimmen. Die Geschäftsordnung ist angenommen.

10. Beschlüsse/Abstimmungen

a) Genehmigung des Haushaltsplans für 2010

Hedda von Wedel weist auf den versendeten Haushaltsplan hin. Sie erläutert, dass es sich um eine moderate Fortschreibung des aktuellen Haushaltsplans handele. Sie erinnert, dass beim Haushaltsplan die Angaben zur Stiftungsgründung hinzuzudenken seien. Das EU-Projekt sei als Sonderhaushaltsplan 2010 aufgeführt.

Sylvia Schenk betont, dass bei der Stiftungsgründung die genannten Vorgaben und die entsprechenden Regelungen eingehalten würden, auch wenn dies ggfs. eine außerordentliche Mitgliederversammlung erfordern würde.

Sylvia Schenk stellt den Haushaltsplan zur Abstimmung. Überwältigende Mehrheit dafür; eine Enthaltung; keine Gegenstimmen.

b) Auswahl und Bestellung der Wirtschaftsprüfer

Hedda von Wedel weist auf die versendete Vorlage hin.

Sylvia Schenk stellt Auswahl und Bestellung zur Abstimmung. Überwältigende Mehrheit dafür; eine Enthaltung; eine Gegenstimme. Der Wirtschaftsprüfer ist ausgewählt und bestellt.

c) Anzahl der zu wählenden Vorstandsmitglieder im Jahr 2010

Sylvia Schenk erläutert, dass die Satzung nicht die Anzahl der Vorstandsmitglieder vorschreibt. Daher ist für jede Neuwahl die Anzahl neu zu bestimmen. Um zukünftig zu vermeiden, dass die Mitgliederversammlung im selben Jahr über die Anzahl der Vorstandsmitglieder und ihre Wahl entscheidet, sieht §7, Abs. 1 der gerade verabschiedeten Geschäftsordnung vor, dass im Jahr vor der turnusgemäßen Vorstandswahl über die Anzahl der zu wählenden Vorstandsmitglieder entschieden werden soll.

Sylvia Schenk stellt die Vorlage zur Abstimmung. Überwältigende Mehrheit dafür; eine Enthaltung; zwei Gegenstimmen. Damit sind bei den Vorstandswahlen im Jahr 2012 zwölf Vorstandsmitglieder zu wählen.

d) Antrag Hermes

Lothar Hermes stellt seinen Antrag vor. Ausgangspunkt seien die Aktivitäten in Sachsen gewesen. Es würde sicher nicht schaden, wenn es eine solche Aktivität auch bundesweit gäbe, um zu sehen, was es bundesweit an Korruptionspräventionsinstrumenten auf kommunaler Ebene gibt. Der positive Effekt wäre die Vergleichbarkeit, eher im Sinne eines „best practice“ als im Sinne eines Ranking. Bei dieser Aktion könnten neben der RG Sachsen und der AG Kommunen weitere Regionalgruppen mitwirken. Wie sich das konkret ausgestalten würde, wäre noch völlig offen. Walter Küblbeck schlägt ein Votum der Mitgliederversammlung vor, dass diese Initiative unterstützt: „Die Mitgliederversammlung begrüßt, ein überregionales, bundesweites Projekt zur Einführung und Verbreitung von Korruptionspräventionsinstrumenten zur Korruption vorzubereiten und sichert Unterstützung bei der Durchführung zu“. Peter von Blomberg gibt zu bedenken, dass die Gesamtheit aller Kommunen zu viel sei und es daher einen guten Selektionsmechanismus geben müsse. Graf Stillfried empfiehlt, solche Beschlüsse, welche auf die Umsetzung durch Ehrenamtliche zielen, nicht über die Mitgliederversammlung zu kanalisieren und den Antrag daher zu Protokoll zu nehmen. Für Lothar Hermes ist eine reine Aufnahme ins Protokoll nicht ausreichend. Sylvia Schenk schlägt daher vor, dass die Mitgliederversammlung die Initiative begrüßt und alle Ehrenamtlichen in den entsprechenden Gruppen bittet, mitzumachen und die Initiative zu unterstützen. In einem Jahr könne man dann

sehen, was das Ergebnis sei. Das Konzept werde gemeinschaftlich durch die Regionalgruppe Sachsen und die Arbeitsgruppe Kommunen erstellt. Dieser Vorschlag stößt auf allgemeine Zustimmung.

11) Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sylvia Schenk dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Versammlung für ihre Mitwirkung.

Protokollführer

Genehmigt

Dr. Christian Humborg
(Geschäftsführer)

Sylvia Schenk
(Versammlungsleiterin)